

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3 - 60. Jahrgang

13. Februar 2010

„Eis-Gehwege räumen!“

Wenn sich Vermieter und Schneeräumbetriebe weiter aus ihrer Verantwortung stehlen, das Eis auf Gehwegen wirksam zu beseitigen, müssten die rechtlichen Vorgaben verschärft werden. Das erklärte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Für die Kontrolle sind die bezirklichen Ordnungsämter zuständig.

Swift gestoppt

Mit 378 zu 196 Stimmen hat das Europaparlament am Donnerstag das Swift-Abkommen über die Weitergabe von EU-Bankdaten an die USA gestoppt. Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, wertete das Ergebnis als „großen Erfolg für die Bürgerrechte in der EU“.

Wowereit: „Berlinale hat sich immer neu erfunden“

Im Lauf der Jahrzehnte habe sich die Berlinale immer den neuen Trends angepasst und sich so stetig neu erfunden, sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit zur Eröffnung der 60. Berlinale. Darin liege das Geheimnis des Erfolgs. Wowereit: „Das setzt voraus, dass Menschen dabei sind, die eine Nase für die neuen Entwicklungen haben und die sich mit ihren Überzeugungen dann auch durchsetzen können.“

„Späte Einsicht der CDU“

„Viel zu spät hat nun auch die CDU erkannt, dass die Job-Center nur durch eine Grundgesetzänderung dauerhaft gesichert werden können“, erklärte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit nach dem Einlenken der CDU. Die SPD habe diese Grundgesetzänderung schon lange gefordert. „Aus Sicht Berlins hätte eine Zerschlagung der gemeinsamen Zuständigkeit von Bundesagentur und Kommunen in den Job-Centern zu erheblichen Nachteilen für die Arbeitslosen geführt“, sagte Klaus Wowereit.

BS □

Stadtpolitik:

Schutzschirm für Kommunen

SPD will schwarz-gelben Kahlschlag verhindern

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verschärft die soziale Spaltung. Die bereits beschlossenen Steuergeschenke schränken massiv den Handlungsspielraum der Kommunen ein. Die SPD fordert jetzt einen „Rettungsschirm für Kommunen“.

Die SPD hat die schwarz-gelbe Koalition aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Kommunen eine „vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten“, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles.

Als „dramatisch“ bezeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier vor dem Bundestag die Lage der Kommunen. „Wenn das so weitergeht, werden die Pfeiler des Zusammenlebens in Städten einstürzen“, fürchtet er. Steinmeier forderte in den nächsten zwei Jahren die Erhöhung des Bundeszuschusses zu den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Bezieher um drei Prozentpunkte.

Wo die FDP kürzen will, machte ihr Steuerexperte Solms nach dem Hartz-IV-



Wirft Schwarz-Gelb vor, die soziale Spaltung zu verschärfen: Generalsekretärin Andrea Nahles.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts deutlich: Bei den Hartz-IV-Leistungen seien „insgesamt sogar Einsparungen möglich“. Auch die von CDU/CSU und FDP geplanten Kürzungen des Programms Soziale Stadt im Bundeshaushalt 2010 zeigen die soziale Schieflage dieser Koalition. 20 Millionen Euro will die Koalition ausgerechnet dort einsparen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das Programm gehört seit zehn Jahren zu den erfolgreichsten Ansätzen, die soziale Lage in den Stadtquartieren zu verbessern. **Fortsetzung Seite 3**

„Hartz-IV-Urteil rasch umsetzen“

Burgunde Grosse: Gesellschaftliche Teilhabe muss möglich sein

Eine schnelle Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Regelsätzen von Hartz IV hat die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Burgunde Grosse gefordert.

Die Bundesregierung müsse eine transparente, am tatsächlichen Bedarf orientierte Neuregelung schaffen. „Die neuen Leistungen müssen so bemessen sein, dass sie das sozio-kulturelle Existenzminimum absichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen“, so Burgunde Grosse. „Das Urteil zeigt aber auch, dass wir dringend einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn brauchen.“

Die SPD wolle keinen „Lohnabstand“ bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende,

IN DIESER AUSGABE:

ZUKUNFT DER JOB-CENTER	S. 2
SCHWARZ-GELBE SINNSUCHE	S. 5
SCHULREFORM GUT UMSETZEN	S. 11
ENTTÄUSCHENDE BIOGRAPHIE	S. 12

sondern einen „Sozialleistungsabstand“ in der Lohnpolitik, erklärte die SPD-Politikerin. „Wer Vollzeit erwerbstätig ist, muss ein Einkommen erzielen, mit dem er oder sie oberhalb des Leistungsniveaus der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist!“

PM □

Anti-Atom-Bewegung:

SPD ruft zur Beteiligung an Menschenkette auf

Gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Parteien, Jugendverbänden und Nichtregierungsorganisationen ruft die SPD zu einer breiten Beteiligung an der geplanten 120 Kilometer langen Menschenkette am 24. April zwischen den AKW-Standorten Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein auf. Die Aktion steht unter dem Motto „Kettenaktion: Atomkraft abschalten!“

„Gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden werden wir zwei Tage vor dem Jahrestag der Katastrophe



Anti-Atom-Protest 2009 in Berlin: Es geht weiter.

von Tschernobyl ein deutliches Zeichen setzen: Die Menschen in Deutschland wollen eine zukunftsfähige Energiepolitik und keinen Marsch zurück in die Atom-Vergangenheit“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel.

Die anhaltenden Störfälle in den Atomkraftwerken, die Zustände in den Atom-mülllagern Gorleben und Asse beweisen nach Ansicht des früheren Bundesumweltministers jeden Tag aufs Neue, dass Atomenergie nicht beherrschbar und hochgefährlich sei. Scharfe Kritik äußerte Gabriel am Bundesumweltminister. „Umweltminister Röttgen ist ein Atomlobbyist im grünen Mäntelchen“, so Gabriel. „Sein Gerede über die ‚Brückentechnologie‘ Atomkraft kann nicht darüber hinwegtäuschen: Er betreibt den Wiedereinstieg in die Hochrisiko-Technologie Atomkraft. Sein Versuch, sich einen grünen Anstrich zu geben, ist angesichts der dahin schmelzenden Mehrheit für die Rechtskoalition so durchschaubar wie billig. Röttgen will die Laufzeiten auch der alten Schrott-Reaktoren um durchschnittlich acht Jahre verlängern. Das würde die Menge des produzierten Atommülls um ein Drittel gegenüber dem geltenden Recht erhöhen. Und das, obwohl es weltweit kein sicheres Endlager für hochradioaktiven Atommüll gibt. Wer Atomkraftwerke länger laufen lässt, nimmt die Gefährdung von Tausenden von Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien billigend in Kauf.“ **BS** □

Job-Center:

Weiter Hilfen aus einer Hand

Grundgesetzänderung schafft Klarheit für Arbeitslose

In dieser Woche fielen wichtige Entscheidungen zur Zukunft der ARGEN oder Jobcenter, die die Hilfen für Langzeitarbeitslose „aus einer Hand“ erbringen sollen. Und das Bundesverfassungsgericht äußerte sich zur Angemessenheit der Regelsätze nach dem SGB II und gab dem Gesetzgeber auf, bis Ende des Jahres eine transparente Regelung für die Berechnung zu schaffen.

Es wird auch langsam Zeit, zu Ergebnissen zu gelangen: 27 Monate ist es nun her, dass das Bundesverfassungsgericht die Mischverwaltung von Bund (vertreten durch die Bundesagentur für Arbeit) und Kommunen für verfassungswidrig erklärt hat, weil der Bund nicht derart in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen darf, dass den Städten und Kreisen keine Entscheidungsfreiheit verbleibt. Zehn Monate hat der Bundesgesetzgeber noch Zeit, um das Urteil umzusetzen oder durch eine Verfassungsänderung eine neue Grundlage zu schaffen. Die Zeit drängt also.

Dabei sah es vor etlichen Monaten schon so aus, als sei eine Einigung gelungen. Beck (SPD) und Rüttgers (CDU) erarbeiteten einen Vorschlag, der von Kanzlerin Merkel (CDU) beauftragt war und abgesegnet wurde, aber nicht von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Vorschlag, der eine Grundgesetzänderung vorsah, schien damit vom Tisch.

Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag wurde deshalb auch nicht auf diesen Vorschlag zurückgegriffen, sondern die Zerschlagung der Jobcenter verabredet. Entsprechende Entwürfe legte die neue Arbeits- und Sozialministerin am 25. Januar 2010 vor. Sie sehen die Trennung in zwei Behörden vor, die aber durch Kooperationsvereinbarungen und Nebenabreden zur Zusammenarbeit verpflichtet werden sollen. Also das Aus für die „Hilfe aus einer Hand“. Die drohende Folge: mehr Bürokratie, höhere Kosten, doppelte Bescheide, Verwirrung und Ärger bei den „Kunden“.

Auch für die Optionskommunen wurde ein Entwurf vorgelegt. Das sind die Kreise und kreisfreien Städte, die alles selbst machen, also ohne Arbeitsagentur. Die Zahl sollte auf 69 beschränkt bleiben, aber zeitlich unbegrenzt. „Neuaufnahmen“ sollte es nicht geben, auch nicht nach Gebietsreformen. Ob das der kommunalen Selbstverwaltung entspricht, wurde offenbar nicht geprüft.

Die Länderminister waren und sind ganz anderer Meinung als die neue Bundesregierung und ihre Bundestagsfraktionen.



Es soll bei einer Anlaufstelle für Arbeitssuchende bleiben: Bei der Grundgesetzänderung für die Job-Center hat sich die Bundesregierung auf die SPD zubewegt. Foto: Horb

Sie beharren auf der Grundgesetzänderung und auf der Ausweitung und Verstärkung der Option. Zu ihrem Anführer machte sich Koch (CDU).

Der Föderalismus in der BRD scheint wieder wichtiger zu werden. Schwarz-grün in Hamburg und im Saarland wollen eigene Wege gehen, Landeschef Koch tritt gegen Bundeschefin Merkel auf. Er hat ihr mal wieder gezeigt, dass es ohne ihn nicht geht.

Am 7. Februar einigte sich von der Leyen mit den CDU-Ministerpräsidenten: Die Grundgesetzänderung soll kommen, die Optionsdeckelung aufgehoben werden. Die SPD signalisierte Zustimmung. Jetzt können wir in Berlin konkreter darüber nachdenken, welche Organisationsstruktur wir brauchen. **Rainer Thamm** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Öffentlicher Dienst:

„Wichtiges Signal für die Beschäftigten“

Müller begrüßt Ergebnis - Wowereit: Eckpunkte garantieren volle Tarifangleichung

Bis zum 5. März entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder über das Verhandlungsergebnis im Öffentlichen Dienst von Berlin. „Ich hoffe, dass sie das gute Verhandlungsergebnis annehmen“, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. „Denn gleichzeitig ist es richtig und wichtig, Maß zu halten: Berlins Situation hat sich durch vernünftige rot-rote Konsolidierungspolitik und die Solidarität der Berlinerinnen und Berliner deutlich verbessert. Diesen Weg müssen wir alle gemeinsam weitergehen - erst recht jetzt, wenn durch schwarz-gelbe Klientelpolitik Ausfälle in Millionenhöhe auf Berlin zukommen.“

„Die Löhne und Gehälter werden wieder steigen. Die Angleichung an das Bundesniveau wird mit der Rückkehr in den Tarifvertrag der Länder bis spätestens 2017 schneller als gedacht möglich“, erklärte Michael Müller. „Und Berlin verabschiedet sich von Unterschieden in Ost und West. Das ist ein richtiges und wichtiges Signal an die öffentlich Beschäftigten in Berlin“, Seit 2003 hätten die Beschäftigten einen wichtigen Teil zur Konsolidierung der Berliner Finanzen beigetragen und damit viel für Berlin getan, so Müller. „Auch mit dem Einsatz von Klaus Wowereit und Susanne Stumpfenhusen wurden jetzt Eckpunkte beschlossen, durch die die Mitarbeiter



Hat den Durchbruch bei den Tarifverhandlungen geschafft: Klaus Wowereit.

Foto: klaus-wowereit.de

nicht nur mehr im Geldbeutel sondern auch eine Perspektive für die Zukunft haben.“ Finanzsenator Ulrich Nußbaum kündigte eine zeitnahe Regelung für Beamte an, wenn der Tarifabschluss für die Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes stehe: „Wir lassen sie nicht im Regen stehen.“

Die Eckpunkte, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag verabredet wurden, bezeichnete der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit als „einen tarifpolitischen Durchbruch“. „Aus Sicht des Senats sind das Verhandlungen, die zum Abschluss gebracht wurden“, sagte er. Mit der schrittweisen Angleichung an die Regelungen der anderen Länder werden den Berliner Be-

schäftigten für die bevorstehenden Jahre deutliche Tarifsteigerungen garantiert.

Vom 1.08.2011 an erhalten die Beschäftigten 97,0 % des Niveaus der anderen Länder. Dies entspricht einer durchschnittlichen Tarifsteigerung von 3,1 %. Zusätzlich wird die für das Jahr 2011 von der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) vereinbarte Tarifsteigerung vom Land Berlin zum 1. Oktober 2011 übernommen. Bis zum 31.12.2011 will Berlin wieder Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) werden. Von diesem Zeitpunkt an würden alle künftigen Tarifsteigerungen der TdL automatisch übernommen werden.

Um 100 % des Niveaus der anderen Länder zu erreichen, wird Berlin in den Jahren 2013, 2014 und 2015 einen Anpassungsbeitrag von jeweils mindestens 0,5 % zahlen - zusätzlich zu den Abschlüssen der TdL. Mindestens jedoch wird den Beschäftigten eine Tarifsteigerung von insgesamt 2 % garantiert. Falls die TdL-Tariferhöhungen sehr gering ausfallen, würde Berlin die 100% damit sogar schon vor 2017 erreichen.

Ab 1.8.2011 entfallen die Unterschiede zwischen West- und Ostbeschäftigten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt dann für alle Angestellten 39 Stunden (bisher: 38,5 West und 40 Ost). Die Regelungen des Tarifrechts West einschließlich der Unkündbarkeit gelten auch im bisherigen Tarifgebiet Ost. **BS □**

Schutzschirm für Kommunen

SPD will schwarz-gelben Kahlschlag verhindern

Fortsetzung von Seite 1

„Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen würden, müssen unterlassen werden“, forderte das SPD-Präsidium in dieser Woche. „Allein die vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung werden zu Einnahmefällen für die Kommunen in Höhe von rd. 4 Mrd. € jährlich führen.“ Über den jetzt von ihr vorgeschlagenen Rettungsschirm für die Kommunen hinaus hält die SPD mittel- und langfristige Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzsituation erforderlich, die jetzt erarbeitet werden.

Die knappen Mittel müssen gezielt zur Verbesserung der sozialen Situation eingesetzt werden. So fordert die jugend- und familienpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion, Sandra Scheeres, jetzt gerade

mit Blick auf die Kinder rasche Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV: „Die neue Berechnung für Kinder muss sich an der Realität und den besonderen Bedürfnissen von Kindern orientieren.“

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung einer guten Infrastruktur vor Ort hin - qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, Ganztagschulen „und ein warmes und gesundes Mittagessen für jedes Kind“. Dies gebe es aber nur mit starken Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung dürfe daher nicht länger „mit ihrer verantwortungslosen Steuerpolitik ihre finanzielle Basis zerstören“, bekräftigte die Sozialdemokratin. „Die schwarz-gelbe Klientelpolitik leistet der Kinderarmut in unserem Land Vorschub.“ Hoteliers seien Union und FDP „wichtiger als unsere Kinder“. **BS □**

„Haushaltssperre gefährdet Berliner Orchester“

Als „kunstfremde und kulturfeindliche Entscheidung“ hat der Berliner Bundestagsabgeordnete und Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse die jetzt von CDU- und FDP-Haushaltspolitikern verfügte Haushaltssperre für die Rundfunk Orchester und Chöre Berlin GmbH (ROC) bezeichnet.

Die Sperrung der mit den Gesellschaftern fest vereinbarten Mittel gefährde die Zukunft der in der ROC zusammengeschlossenen Orchester und Chöre von herausragender Qualität und internationaler Bedeutung, so Wolfgang Thierse. „Erst im Dezember hatte Kulturstaatsminister Bernd Neumann die Diskussion über die Fusion der beiden Orchester für beendet erklärt und zugesagt, dass künftige Entscheidungen über die ROC in Ruhe und mit allen Beteiligten diskutiert werden“, so Thierse. „Jetzt aber sollen offensichtlich fernab jeder kulturpolitischen Verantwortung Nägel mit Köpfen gemacht werden.“ **BS □**

Wohlstandsinseln und Armutsviertel ?

Die SPD Kollwitzplatz lud Professor Hartmut Häußermann zur Diskussion

Professor Hartmut Häußermann ist Mitverfasser des Berliner Sozialatlases und hat sich als kritischer Beobachter der Lebens- und Wohnsituation in der Stadt einen Namen gemacht. Im Gespräch mit der Rundfunkjournalistin Lisa Steger sprach er bei einer mit 80 Zuhörern gut besuchten Veranstaltung der SPD Kollwitzplatz über „Wohlstandsinseln und Armutsviertel“ und politische Rezepte gegen das soziale Auseinanderdriften der Stadtteile.

Er lobte zunächst den Ansatz der rot-roten Landesregierung, Programme wie das Quartiersmanagement aufzulegen, um gezielt Menschen zu helfen, die an sozialen Brennpunkten wohnen. Es sei allerdings wichtig, dass die Senatsverwaltungen bei diesem Thema enger zusammenarbeiten und die Probleme noch mehr als gemeinsame erkennen.

Völlig anders sei die Situation in wohlhabenderen Vierteln wie zum Beispiel dem südlichen Prenzlauer Berg. Vor 15 Jahren sei noch prognostiziert worden, dass das Gebiet zu verarmen drohe, doch vor allem durch den Zuzug von Gutverdienenden sei das komplette Gegenteil eingetreten. Den Begriff „Gentrification“ versuchte Häußermann zwar zu vermeiden („mittlerweile zum wenig aussagekräftigen Kampfbegriff



Im Gespräch mit Lisa Steger: der Soziologe Professor Hartmut Häußermann.

geworden“), aber auch er bedauert, dass ein Großteil der alten Bevölkerung durch den Zuzug einer kaufkräftigeren Schicht verdrängt worden sei. Um gegenzusteuern, müsse Berlin dringend die 2003 getroffene Entscheidung, aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus auszusteigen, rückgängig machen. Doch er räumte ein: „Das hilft natürlich keinem, der bereits verdrängt wurde.“

In begehrten Vierteln Mietobergrenzen festzusetzen, halte er zwar grundsätzlich für richtig, sagte Häußermann. Doch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das 2006 diese Praxis verbot, sei bindend. An-

sonsten seien die Mittel, den Wandel eines Wohnquartiers zu verlangsamten oder zu stoppen, rar. Er appellierte allerdings an die Stadtplanungsämter, bei Neubauvorhaben kritischer hinzusehen und nannte als negatives Beispiel die seiner Ansicht nach zu dichte Bebauung des „Marthashof“ an der Schwedter Straße.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um Formen des Protests gegen „Gentrification“. Autos abzubrennen, so Häußermanns Standpunkt, sei als politischer Protest der falsche Weg. „Denn dabei ist völlig unklar: Gegen wen genau richtet sich die Aktion und was soll sie uns sagen?“

Ein weiterer Fragesteller wollte wissen, ob es positive Beispiele für die Bekämpfung der sozialen Entmischung in anderen europäischen Städten gebe. Häußermann verwies auf die Auflage in Frankreich, der zufolge jede Stadt mit mehr als 20 000 Einwohnern verpflichtet sei, sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Und er riet, doch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht - wie in den USA - sinnvoll wäre, Kinder aus ärmeren Vierteln mit dem Bus in wohlhabendere Gegenden zu bringen, um wenigstens in den Schulen eine bessere Durchmischung hinzubekommen.

Michael Gabel □

Historische Kommission:

Zeugnis demokratischer Geschichte

„Friedhof der Märzgefallenen“ soll nationale Gedenkstätte werden

In Berlin gibt es viele Gedenkorte, die an Tiefpunkte in der deutschen Geschichte mahndend erinnern müssen und sollen. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht lang. Aber es gibt sie. Und es gibt auch in Berlin Orte der Erinnerung daran. Der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain gehört dazu. Er ist eines der wenigen sichtbaren Zeugnisse der Revolution von 1848 und er ist in der Berliner und deutschen Öffentlichkeit dennoch wenig bekannt.

Seit Jahren bemühen sich der Paul Singer Verein, das Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg und die Stiftung Historische Kirch- und Friedhöfe in Berlin-Brandenburg darum, dieses „Juwel der europäischen, deutschen und Berliner Demokratiegeschichte“, wie der Paul Singer Verein schrieb, der Vergessenheit zu entreißen (siehe BERLINER STIMME 4-2009, S.13). Seit Mitte 2009 ist die mühevollte Vorarbeit erstmals von Erfolg gekrönt. Die Stiftung Deutsche Klassenlotterie fördert die Entwicklung des Friedhofs zu einem „Ort de-



Friedhof der Märzgefallenen. Foto: Singer-Verein

mokratischen Lernens“. Der Vorsitzende des Paul Singer Vereins, Dr. Andreas Köhler, MdB, und die Geschäftsführerin des Vereins und zugleich Leiterin des Projekts „Entwicklung einer nationalen Gedenkstätte Friedhof der Märzgefallenen“, Dr. Susanne Kitschun, MdB, informieren jetzt auf einer Veranstaltung der Historischen Kommission der SPD Berlin über das anspruchsvolle Projekt. **PM** □

➔ Veranstaltung der Historischen Kommission der Berliner SPD am Mittwoch, d. 24. Februar, 19 - 21 Uhr, Ort: Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, (Erdgeschoss)

Kiezspaziergang:

Mit Monika Thiemen zur Kommunalen Galerie

Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, lädt am heutigen Sonnabend ab 14.00 Uhr zum Kiezspaziergang vom Adenauerplatz zur Kommunalen Galerie am Hohenzollerndamm. Treffpunkt ist um 14.00 Uhr auf dem Adenauerplatz am Kurfürstendamm, U-Bahn-Ausgang Lewishamstraße Ecke Wilmersdorfer Straße.

Monika Thiemen: „Unsere Kommunale Galerie zeigt bis zum 28.2. die Ausstellung ‚Kunststiftung Charlottenburg-Wilmersdorf‘ mit Werken von 10 Künstlerinnen aus unserem Bezirk. Das haben wir zum Anlass genommen, unseren 98. Kiezspaziergang mit einer Besichtigung der Kommunalen Galerie zu beschließen.“ Der Weg führt vom Adenauerplatz durch das Wohnviertel zwischen Kurfürstendamm und Preußenpark. Zu sehen sind u.a. die Gedenktafeln für Felix Nussbaum (Xantener Straße), Anita Berber (Zähringerstraße), Erich Maria Remarque und Will Meisel (Wittelsbacherstraße) sowie das jüdische Bildungs- und Familienzentrum Chabad Lubawitsch. □

100-Tage-Bilanz:

Öffentliche Sinnsuche

CDU, CSU und FDP eint nur eins: Hauptsache regieren

Fehlstart, ideenlose Koalition, erbarbungswürdiger Start - in ihrer Bewertung der ersten 100-Tage der offiziell nun in christlich-liberal umbenannten schwarz-gelben Koalition sind sich die Kommentatoren einig wie nie. Für die Opposition ist damit allerdings noch nichts gewonnen.

Die Identitätssuche hat alle großen bundesdeutschen Parteien erfasst. Den Findungsprozess hatte als erste die SPD mit Sigmar Gabriel eingeleitet, nach schmerzlichen Wahlverlusten und öffentlicher Debatte. In der Linkspartei hat der Rücktritt von Oskar Lafontaine den ungeklärten Richtungsstreit zwischen Ost und West, Pragmatikern und Vertretern der Fundamentalopposition wieder bloßgelegt. Die Grünen testen derzeit auch eine mögliche Zukunft als liberales Korrektiv für konservative Mehrheiten, Wiederholung in NRW nicht ausgeschlossen. CDU, CSU und FDP hat es - weil an der Regierung - am schlimmsten getroffen. Sie, die vor der Wahl noch den Eindruck vermittelt hatten, über ein Konzept zu verfügen, sind über nahezu jede Einzelfrage zerstritten. Und sie distanzieren sich im Stundentakt von ihren eigenen Verabredungen.

Das konservative Lager ist inzwischen peinlich berührt vom Auftreten ihrer Repräsentanten, vor allem von dem der FDP. Die Hälfte der Wählerinnen und Wähler vom vergangenen September hat sich von den Westerwelle-Liberalen abgewandt, die nur Klientelinteressen bedient: die der Hoteliers, der Apotheker oder Steuerberater. Tausend neue Stellen haben ausgerechnet die erklärten Gegner eines „aufgeblähten Staats“ in den Ministerien eingerichtet - für verdiente Anhänger der neuen Koalition oder gleich für Interessenvertreter, etwa aus der privaten Krankenversicherung. In nahezu allen Bereichen vollzog die FDP eine Kehrtwende, manchmal auch zwei - wie der stellvertretende FDP-Vorsitzende Pinkwart, der die gerade selbst durchgesetzte Mehrwertsteuersenkung für Hotels wieder rückgängig machen wollte. Gute Politik müsse sich korrigieren können, so Pinkwart. Aber es ist ja keine.

Mit dem Regieren soll nach der NRW-Wahl im Mai begonnen werden. Diese Linie hatte die Bundesregierung ausgegeben, um die Wähler im bevölkerungsreichen Bundesland nicht zu verschrecken. Denn NRW ist für die schwarz-gelbe Bundesratsmehrheit wichtig. In ihrer Not droht die FDP dieses Konzept jetzt allerdings zu konterkarieren - mit der Ankündigung, noch im April ein Konzept für Steuerentla-



Unterschiedliche Wahrnehmung: 100 Tage schwarz-gelb.

stungen (Rüttgers: „...für die in Wahrheit kein Geld da ist...“) vorzulegen. Damit geht der Streit um die Finanzierbarkeit - vor allem angesichts der dramatischen Finanznot der Kommunen - in die nächste Runde.

Zusammengehalten wird die Koalition nur noch von ihrer gewonnenen Mehrheit. Bis 2013 dürfte so weiterregiert werden, mit Beschimpfungen und Streit, aber letztlich dem Zusammenraufen aus Sorge vor Machtverlust. So könnten auch Entscheidungen zustandekommen, die nachhaltig schaden. Mit steigenden Zusatzbeiträgen zur Krankenkasse könnte der Ärger steigen und - so offenbar das Kalkül des Gesundheitsministers - den Weg frei machen für eine dann „alternativlose“ Kopfpauschale. Wie lange die mit Steuergeldern subventioniert werden kann, ist eine andere Frage. Mit Milliardenbeträgen wird auch die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken schmackhaft gemacht. Dass die Solarwirtschaft durch die jetzt beabsichtigten Kürzungen existenziell bedroht wird, ist dafür eine gute Grundlage. Wenn die erneuerbaren Energien nicht in der Lage sind, die Versorgung zu sichern, muss die Atomenergie den selbst verursachten Engpass länger überbrücken.

Der Kanzlerin könnte das gefallen: Sie müsste nicht entscheiden, sondern würde letztlich die einzig „vernünftige“ Lösung akzeptieren. Für die SPD heißt es daher, Alternativen aufzeigen - in möglichst breiten Bündnissen. **U. Horb** □

Die 100-Tage-Bilanz: Stimmen zur Koalition

Karl-Rudolf Korte (im Interview mit der Zeitschrift Cicero, Februar): „Eine Wunschkoalition setzt voraus, dass man ideenpolitisch etwas in den Schubladen, dass man personalpolitisch ähnliche Vorstellungen und dass man ein Zielbild von dem entwickelt hat, was man erreichen möchte. All das ist in den ersten 100 Tagen nicht erkennbar gewesen.“

Uwe Vorkötter (Kommentar „Nicht regierungsfähig“ in Berliner Zeitung vom 4. Februar): „Sie, die rational ans Werk gehende Physikerin, hat es nicht mit ähnlich rational ans Werk gehenden Partnern zu tun. Sie regiert mit Leuten, die in der politischen Pubertät stecken. Wenn sie nicht bald erwachsen werden, stehen uns noch weitere 1 360 Tage mit viel Geschrei und falschen Entscheidungen bevor.“

Hans Peter Schütz (Stern, 4. Februar 2010): „Erbarmungswürdiger ist noch keine Regierung gestartet als Schwarz-Gelb im Jahre 2009. (...) Mindestens ebenso gefährlich für Merkel, Westerwelle und Seehofer, neben Profillosigkeit und Führungsschwäche ihrer Regierungsarbeit, ist der damit verbundene Gesichtverlust ihrer Parteien.“

Thomas Schmoll (Financial Times Deutschland, 4.2.2010) „Keine Regierung hat in so kurzer Zeit so viel Chaos angerichtet wie diese Ansammlung zerstrittener Politiker. Über all dem thront Angela Merkel - schweigend, kontur- und richtungslos. (...) Hauptverantwortliche für das Durcheinander ist (schon von Amts wegen) die Kanzlerin, die Meisterin im Strippenziehen sein mag, bei der die Fäden aber offenkundig nicht zusammenlaufen.“

Berthold Kohler (FAZ, 4. Februar 2010): „Auch im Zeitalter des Pragmatismus gibt es gerade im bürgerlichen Lager noch Wähler, die von einer Regierung wenigstens das Angebot einer wertegebundenen Führung erwarten. Die Koalition jedoch offeriert statt Orientierung Zerstrittenheit, weit mehr davon, als man von einem Pakt der Geistesverwandten erwartet. Das Bündnis aus Union und FDP wurde bislang bestenfalls zu einem Ganzen, das weniger ist als die Summe seiner Teile.“ □

FRAKTION INTERN

Durchbruch bei ÖGD. Der Gesundheitsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat eine Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss verabschiedet, die sich auf die personalwirtschaftlichen Auswirkungen der Struktur des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) bezieht. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Stefanie Winde, sagt: „Mit dem Personalkonzept und dem Abschluss der angestrebten Zielvereinbarungen erhalten die Bezirke verbindliche Planungssicherheit für den ÖGD mit einer dann gleichbleibenden Beschäftigtenzahl. Ausscheiden des Personal kann zukünftig immer wieder ersetzt werden. Wir haben damit durchgesetzt, dass der ÖGD faktisch eine Aufstockung der MitarbeiterInnen erhält.“ Der SPD-Abgeordnete Dr. Holger Thärichen, Mitglied im Haupt- und im Gesundheitsausschuss, unterstreicht: „Wir machen deutlich, dass wir die von uns erarbeiteten Verbesserungen im Bereich Gesundheits- und Kinderschutz durch konkrete Personalpolitik untersetzen.“ Im März soll die Empfehlung vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden, so dass die ÖDG-Zielstruktur im Frühjahr in Kraft treten kann. Danach können die Vereinbarungen mit den einzelnen Bezirken abgeschlossen werden.

Google darf nicht alles. Der Berliner SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier will von Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) nach ihren Worten zum Datenschutz beim Internetdienst Google Street View und der Wahrung von Persönlichkeitsrechten Taten sehen. Der Rechtspolitiker sagt: „Die Ministerin muss die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts und der informationellen Selbstbestimmung den aktuellen Möglichkeiten der Neuen Medien anpassen und eine ausdrückliche Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Veröffentlichung von Wohnhäusern und Hausnummern im Internet gesetzlich festschreiben. Um das Persönlichkeitsrecht tatsächlich zu schützen, soll sich die Ministerin für eine Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften auf Bundesebene einsetzen. Der Datensammel- und Veröffentlichungswut von Google muss Einhalt geboten werden.“ Die SPD-Fraktion hat den wissenschaftlichen Parlamentsdienst im Januar dieses Jahres um eine datenschutzrechtliche Prüfung gebeten. In Abhängigkeit der Prüfung und der Diskussion innerhalb der Bundesregierung wird das Land Berlin entscheiden müssen, ob und wie es mit dem Internetdienst Google Street View umgeht. Kohlmeier betont: „Google findet zwar alles, Google darf aber nicht alles.“ **cs** □



Zusammen mit SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen der Löcknitz-Grundschule gedachte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert der Opfer des Nationalsozialismus. „Wir in Deutschland tragen besondere Verantwortung für die Shoah, für systematisch betriebenen Massenmord“, betonte Mechthild Rawert in ihrer Gedenkrede zum Internationalen Holocaust-Gedenktage, der an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee erinnert. Die Löcknitz-Grundschule hat ein besonderes „Denk-Mal“ geschaffen: Seit 15 Jahren tragen die SchülerInnen der 6. Klassen Informationen über das Schicksal von Jüdinnen und Juden in ihrer Nachbarschaft zusammen, die im Holocaust ermordet wurden. Diese erhalten einen Stein mit ihrem Namen in der „Mauer des Gedenkens“ auf dem Schulhof.

Zukunftswerkstatt „Integration“

Klaus Wowerit fordert Umdenken in der Gesellschaft

Unter der Leitung von Klaus Wowerit und des Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, hat die SPD-Zukunftswerkstatt „Integration – Einstiege und Aufstiege in Deutschland“ jetzt ihre Arbeit aufgenommen. Die Zukunftswerkstatt soll, so Klaus Wowerit, „einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess anregen, der sämtliche Prozesse und Bestrebungen sozialer Exklusion thematisiert – und zwar in Bezug auf Herkunft, Alter, Ethnien, Religion, Behinderungen, Identitäten etc.“.

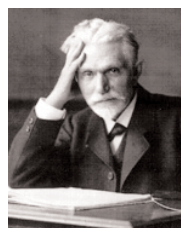
Klaus Wowerit: „Im Zentrum unserer

Überlegungen stehen Fragen sozialer Integration. Anerkennung, Respekt und das Ziel gesellschaftlicher Teilhabe sind dabei die Triebfedern der Debatte. Wir wollen Aufstieg fördern und dort, wo er auf Grund von Herkunft nicht entwickelt ist, den Aufstiegswillen wecken. Bildung, Sprache, Qualifizierung, Arbeit und kulturelle Anknüpfungspunkte sind dabei die entscheidenden Stellschrauben.“ Langfristig gehe es uns um nicht weniger als eine grundsätzliche Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. „Wir brauchen ein Umdenken“, so der stellvertretende SPD-Vorsitzende. **PM** □

Dialog mit dem Orient

Festvortrag zum 170. Geburtstag von August Bebel

August Bebel gehört nach wie vor zu den großen Vordenkern der deutschen Sozialdemokratie und hat fast 100 Jahre nach seinem Tod wenig an Aktualität eingebüßt.



Seinen 170. Geburtstag am 22. Februar nimmt das August-Bebel-Institut zum Anlass, uns seine 1884 verfasste - und heute weitgehend vergessene - Schrift „Die Mohammedanisch-arabische Kulturperiode“ in Erinnerung zu rufen.

In einem Festvortrag wird der Bebel-Kenner und Politologe Reinhard Wenzel Bebels Plädoyer für einen Dialog mit den Ländern des Orients näherbringen - einem Anliegen, dem sich auch das August-Bebel-Institut verpflichtet fühlt.

August Bebel weist in seiner Schrift darauf hin, dass nichteuropäische Kulturen in bestimmten Epochen für die Weltgeschichte wichtige und zentrale Bedeutung für die Entwicklung einer modernen Gesellschaften hatten. Damit lässt er einen anderen Zugang erkennen als Marx und Engels, die

einen Eurozentrismus bis zur Slawen- und Islamfeindlichkeit pflegten. **PM** □

➔ Montag, 22. Februar 2010, 18-20 Uhr, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Berlin Wedding, beitragsfrei, Anmeldung erbeten unter 4692-121, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de

AfA Mitte hat gewählt

Die AfA Mitte hat Werner Schiffmann erneut zum Vorsitzenden gewählt. Die drei stellvertretenden Vorsitzenden sind zukünftig Manuela Thoms, Serkan Sternberg und Frank Kirstan. Sie erhielten ebenfalls das Vertrauen der KreisarbeitnehmerInnenkonferenz der AfA Mitte, die am 19.01.2010 stattfand. Außerdem wurde Frank Kirstan für den geschäftsführenden AfA Landesvorstand nominiert. In den kommenden Jahren will die AfA Mitte den Schwerpunkt der Arbeit darauf setzen, die Kontakte mit Betriebs- und Personalräten zu verbessern. Es gilt insbesondere, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Kontakt: WSchiffmann@t-online.de und frank.kirstan@spd-online.de

Afghanistan-Einsatz:

Durchdachter Rückzug

Johannes Pflug: Wie geht es in Afghanistan weiter?

Am 1. Dezember letzten Jahres verkündete der amerikanische Präsident Barack Obama, dass er im Jahr 2010 die US-Truppen in Afghanistan um weitere 30.000 Soldaten aufstocken und dann 2011 mit dem Abzug beginnen werde.

Im Jahr 2012 finden die Präsidentschaftswahlen in den USA statt. Niemand kann ernsthaft glauben, dass Obama seinen Wahlkampf erfolgreich führen kann, während seine Truppen in Afghanistan in schwere Kämpfe verwickelt sind. Die amerikanischen Truppen werden bis Ende 2011 die meisten Provinzen in Afghanistan von den Taliban befreit haben - auf jeden Fall aber den Eindruck erwecken, die Taliban in Afghanistan seien besiegt.

Dies ist die analoge Anwendung der Strategie von General Petraeus im Irak. Somit verbleiben zwei Jahre zur inneren Stabilisierung Afghanistans. Sollte diese Stabilisierung bis dahin nicht gelungen sein, werden die Taliban entweder in wenigen Wochen erneut Afghanistan beherrschen oder es wird wieder ein jahrelanger Bürgerkrieg in Afghanistan beginnen. Präsident Karzai sagt, Afghanistan sei im Jahre 2014 in der Lage für seine eigene Sicherheit zu sorgen.

KEIN SOFORTIGER TRUPPENABZUG

Ein sofortiger Truppenabzug wäre ein Verrat und ein erbärmliches „Im-Stich-Lassen“ der Kinder, Frauen, engagierten Menschen und zivilen Organisationen, denen wir in den vergangenen Jahren Mut gemacht haben, die Schule zu beenden, sich gegen Unterdrückung aufzulehnen und sich für ihre Zukunft und die ihrer Kinder einzusetzen. Die Linkspartei ruft auf ihren Parteitagen immer wieder: „Hoch die internationale Solidarität!“ Ein sofortiger Rückzug ist jedoch keine internationale Solidarität! Glauben die Linken wirklich, dass sich die Taliban und Warlords damit einfach zu frieden geben, wenn ihnen die Bauern erklären, dass sie jetzt kein Opium mehr, sondern Reis anbauen wollen? Nein, sie werden es nur akzeptieren, wenn die Bauern geschützt werden. Ebenso gilt es, die Mädchen zu beschützen, wenn sie die Schule besuchen.

Übrigens lassen sich die Taliban auch nicht durch Ostermärsche oder Lichterketten beeindrucken. Natürlich ist es nicht unsere Aufgabe, auf ewig in Afghanistan zu bleiben. Aber einen überlegten, durchdachten Rückzug sind wir denen schuldig, die



Johannes Pflug, Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneter, ist seit Dezember Vorsitzender der Afghanistan/Pakistan-Task-Force der Bundestagsfraktion.

Foto: SPD-Fraktion

sich auf uns verlassen haben. Um es deutlicher zu sagen: Nicht Präsident Karzai sind wir verpflichtet, aber den vielen Frauen und engagierten Abgeordneten aus Afghanistan, die uns regelmäßig in Berlin besuchen, um für eine gute Zukunft ihres Landes zu kämpfen.

Im Jahr 2001, nach den schrecklichen An-

Task-Force der Bundestagsfraktion

Im Dezember vergangenen Jahres hat sich die Task-Force Afghanistan-Pakistan der SPD-Bundestagsfraktion neu konstituiert. In den vergangenen vier Jahren hatte die Task-Force Afghanistan unter der Leitung von Detlef Dzembrizki bereits der Fraktion und der Partei Impulse für die Debatten um das militärische und zivile Engagement in Afghanistan gegeben. Diese Arbeit will die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode mit dem erweiterten Fokus durch die Integration Pakistans fortsetzen.

schlägen des 11. Septembers, sind wir nach Afghanistan gegangen, um Osama bin Laden zu fassen und die terroristischen Strukturen von Al Qaida zu zerstören. Dies ist auch teilweise gelungen. Al Qaida hat sich zu einer global agierenden (Internet)Organisation mit weltumspannenden Stützpunkten und dezentral operierenden Sympathisanten-Strukturen verändert. Langfristiges Ziel unseres jetzigen ISAF-Engagements auf Grundlage der UN-Resolutionen 1368 und 1373 bleibt jedoch, die Sicherheit der afghanischen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen zu garantieren, damit diese den Aufbau des Landes vorantreiben können. Dies ist bis dato leider nur teilweise gelungen. Der zivile Aufbau geht nur schleppend voran; eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung mit funktionsfähigen staatlichen Institutionen herzustellen, ist bisher nur in Ansätzen gelungen. Auch selbstständige handlungsfähige afghanische Sicherheitskräfte gibt es bis jetzt noch nicht in ausreichendem Maße - auch weil die von der internationalen Gemeinschaft gemachten Zusagen nicht eingehalten wurden, ebenso wenig wie die deutschen Versprechungen.

DIE POSITIONEN DER SPD

Seit der Tanklaster-Katastrophe in Kunduz im September 2009 und der Diskussion um die Verantwortlichkeit von Oberst Klein wird verstärkt um eine neue - auf zivilen Aufbau konzentrierte - Afghanistan-Strategie gestritten. Auch die USA beteiligen sich trotz Truppenverstärkung daran. Frank-Walter Steinmeiers 10-Punkte-Plan vom September 2009 hat erstmals Ansätze vorgelegt, bei denen ein möglicher Abzugskorridor mit einem intensiven Einsatz der zivilen Mittel verknüpft wird. Mitte Januar haben dann der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt.

Darin wird deutlich, dass sich die SPD, als ehemalige Regierungspartei, ihrer Verantwortung für die deutschen Soldatinnen und Soldaten nicht entzieht. Wir fordern u.a. eine deutliche Verstärkung bei der Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee sowie die Erhöhung der zivilen Hilfen. Zusätzliche Kampftruppen lehnen wir ab. Gleichzeitig verlangen wir einen konkreten Zeitplan für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte, Distrikt für Distrikt.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass die

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Bundeswehr - selbstverständlich in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern - eine konkrete Abzugsperspektive bekommt. Neben diesen militärischen Aspekten wollen wir die zivilen Hilfen stärken. Nach unseren Vorschlägen soll es eine Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau geben. Besonders wichtig ist der SPD dabei, dass endlich quantitative, qualitative und zeitliche Kriterien entwickelt werden, anhand derer man die Fortschritte und die Entwicklung in Afghanistan tatsächlich messen kann. Ziele, die konkret benannt sind, lassen sich einfacher erreichen.

Dieses Positionspapier von Gabriel und Steinmeier war die Arbeitsgrundlage der SPD-Afghanistan-Konferenz im Willy-Brandt-Haus eine Woche vor der internationalen Londoner Konferenz. Es wurde dort von den vielen hundert Anwesenden sehr positiv aufgenommen. Auf dieser Basis hat die Parteispitze einen Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Mitglieder und Interessierte sind ausdrücklich aufgefordert, sich mit ihren Vorschlägen und Anregungen einzubringen.

DIE POSITION DER BUNDESREGIERUNG

Kurz vor London hat die Bundesregierung dann endlich ihr eigenes Afghanistan-Konzept vorgestellt. Dabei hat sie vordergründig die SPD kritisiert und gleichzeitig sozialdemokratische Positionen übernommen. So wird die Ausbildung der afghanischen Soldaten und Polizisten verstärkt, die Mittel für den zivilen Wiederaufbau werden auf 430 Millionen Euro verdoppelt. Auch eine Abzugsperspektive nennt Bundeskanzlerin Merkel: In stabilen Provinzen soll schon Ende dieses Jahres mit einem Rückzug der deutschen Truppen begonnen werden.

Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat ebenfalls die Ansicht der SPD übernommen, keine zusätzlichen Kampftruppen zu entsenden. Ganz im Gegenteil, die offensiven Kräfte, die bereits in Afghanistan sind, sollen zugunsten von mehr Ausbildung im bestehenden Kontingent von 4500 Soldaten umgeschichtet werden. Dies wird jedoch mit einer Aufstockung von 500 Soldaten verbunden, die zur Ausbildung eingesetzt werden sollen; hinzu kommen 350 Soldaten als Flexibilisierungsreserve. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie genau erläutert, wie diese Zahl der 850 Soldatinnen und Soldaten zustande kommt.

DIE LONDONER-KONFERENZ AM 28. JANUAR 2010

Mit der Londoner Konferenz Ende Januar

hat die internationale Gemeinschaft nun den Grundstein für eine neue Strategie in Afghanistan gelegt. Außenminister Westerwelle bezeichnete sie gar als „Wendepunkt“ des deutschen Afghanistan-Engagements. Im Mittelpunkt steht dabei die Eigenverantwortung der Afghanen: Die dortige Regierung soll mehr in die Pflicht genommen werden. Durch die Aufstockung der zivilen Mittel, aber auch über eine Verbesserung bei der Ausbildung der afghanischen Polizisten und Soldaten, soll es zu einer möglichst schnellen Übernahme der Verantwortung durch die Afghanen kommen. Gleichzeitig hat sich die afghanische Regierung zu einer guten Regierungsführung verpflichtet.

RE-INTEGRATIONSPROGRAMM FÜR EX-TALIBAN-KÄMPFER

Neu hingegen ist jedoch der Anstoß eines Re-Integration-Programmes für gemäßigte Taliban. Hier wird es einen Fonds geben, in den die internationale Gemeinschaft einzahlt, um sogenannten „gemäßigten“ Taliban-Kämpfern eine bessere wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Dies ist eine Idee von unserem ehemaligen Parteivorsitzenden Kurt Beck aus dem Jahr 2007 - dafür wurde er noch von den jetzigen Regierungsparteien verhöhnt.

Viele Mitglieder der Taliban haben sich aus finanziellen Nöten diesen angeschlossen - sie arbeiten vornehmlich nicht aus ideologischen Gründen mit. So zahlen die Taliban ihren Kämpfern das Acht- bis Zehnfache dessen, was z.B. ein afghanischer Polizist verdient. Für diese Menschen ist das „Aussteiger-Programm“ gedacht. Dass der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt das Programm als „Taliban-Abwrackprämie“ bezeichnet, passt in den gesamtpolitischen Eindruck, den die CSU mit ihrem Parteivorsitzenden Horst Seehofer zurzeit hinterlässt.

Natürlich ist es schwierig, solche Aussteiger zu identifizieren. Grundlage für einen solchen „Taliban-Ausstieg“ muss das eindeutige Bekenntnis zu der afghanischen Verfassung sein. Vor diesem Hintergrund kann dieses Programm mit den anderen zivilen Hilfgeldern verhindern, dass junge Männer sich überhaupt erst aus wirtschaftlicher Not den Taliban anschließen.

EINE PERSPEKTIVE FÜR AFGHANISTAN?

Ein weiteres Ziel des ISAF-Einsatzes, die Garantie von innerer und regionaler Sicherheit, ist noch nicht erreicht. Aber wir müssen die beiden nächsten Jahre dazu nutzen. 3500 Schulen sind errichtet worden, ca. sechs Millionen Kinder haben Zugang zu Bildung, 35% davon sind Mädchen.

Rund 80% der afghanischen Bevölkerung bekommen wieder eine medizinische Grundversorgung.

Die wichtigste Verkehrsroute, die Ring Road, konnte auf einer Strecke von ca. 2000 km wieder befahrbar gemacht werden. Hinzu kommen viele tausend Kilometer ländlicher Straßen, die wiederhergestellt wurden.

Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Aufbau der Infrastruktur, ohne diese ist wirtschaftlicher Aufschwung nicht möglich. Der Hauptkampf in den nächsten Monaten muss der Korruption gelten. Auch ist die afghanische Zentralregierung bislang nicht in der Lage, die Bevölkerung mit staatlichen Dienstleistungen überall im Land zu versorgen. Ebenso fehlt es an ausgebildetem Fachpersonal. Oftmals vertrauen die Menschen ihrer Regierung nicht - die Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen waren nicht unbedingt dazu geeignet, das Ansehen der Zentralregierung bei der afghanischen Bevölkerung zu erhöhen. Auch deshalb können wir die afghanische Bevölkerung jetzt nicht im Stich lassen.

Eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung Afghanistans spielen die Staaten in der Region; dazu gehören vor allem China, Indien, der Iran, die zentralasiatischen Staaten und natürlich Pakistan. Ohne eine Einbeziehung dieser Länder wird eine dauerhafte Stabilisierung der gesamten Region kaum möglich sein.

Wenn Afghanistan zum „failed state“ wird, droht auch in Pakistan die Machtübernahme durch radikale Islamisten. Dann ist die Gefahr groß, dass die Islamisten die Verfügungsgewalt über die pakistanischen Atomwaffen bekämen. Dies ist eine schreckliche Vorstellung. Indien wird dem niemals tatenlos zusehen - ein neuer Krieg würde drohen.

DER EIGENE WEG

Bei allen Problemen muss uns jedoch auch eines klar sein: Der Aufbau einer Demokratie nach westlichem Vorbild in Afghanistan ist nicht möglich und war auch nie unser Ziel. Dazu hat dieser Vielvölkerstaat eine ganz andere Geschichte und Traditionen. Es ist aber das Interesse der internationalen Völkergemeinschaft, dass Afghanistan nicht wieder Basis für Terroristen wird, sondern die Menschen dort endlich in Frieden leben können. Wie sagte Helmut Schmidt: Es muss alles dafür getan werden, dass Afghanistan sich nicht zu einer „Tragödie im klassisch-griechischen Sinne“ entwickelt. Die Sanduhr von London läuft.

Johannes Pflug □

➡ Das gemeinsame Positionspapier von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier im Internet: http://www.spd.de/de/pdf/100125_Afghanistanpapier.pdf

SPD-Profil:

„Früher hätte ich nicht eintreten können“

Neumitglied Gunnar Hinck über die Fehler der SPD und die Kraft zum Wandel

„Jetzt erst recht“ - das sollen viele der Neumitglieder angeblich als Grund für ihren Eintritt in die SPD genannt haben. Man wolle sich, so heißt es, mit der gebeutelten Partei solidarisieren, damit es ein kraftvolles Gegengewicht zur neuen schwarz-gelben Koalition im Land gebe. Mein Grund war das nicht.

Eher würde ich meinen Eintritt mit einem vorsichtigen „jetzt erst, und das nach langem Zögern“ umschreiben. Zwar ist es nicht so, dass mich Familie und Freunde für verrückt erklärt haben, als ich im November 2009 schließlich doch in die SPD eingetreten bin. Doch um ehrlich zu sein, versteht mein - sozial sehr gemischtes - Umfeld nicht so recht, warum ich, 36 Jahre alt, verheiratet, ein Kind, freiberuflich, Berliner seit knapp acht Jahren, nun ausgerechnet ein SPD-Parteibuch besitze.

Obwohl ich immer eine Grundsympathie zur Partei empfunden habe, hätte ich in den vergangenen Jahren nicht eintreten können. Ich möchte mich hier auf drei von sicherlich vielen Gründen dafür beschränken, und das tue ich, weil sie womöglich zu einem Teil erklären, warum es zum schlimmsten Wahlergebnis seit 1933 gekommen ist und warum der Partei in den vergangenen elf Jahren 10 Millionen Wähler und 250.000 Mitglieder abhanden gekommen sind.

DIE UNNÖTIGEN „NOTWENDIGKEITEN“

Der erste Grund hängt mit der Art und Weise zusammen, mit der die damalige Parteispitze die Gesetzespakete der Jahre 2002 bis 2005 (Agenda 2010) durchgesetzt hat. Ich bin noch nicht lange Mitglied der Partei, aber die parteiinternen Erzählungen darüber, wie die Parteispitze Delegierte, Funktionäre und einfache Mitglieder damals abkanzelte, ja teils einschüchterte, sind noch drastischer, als es damals in den Medien berichtet wurde.

Um bei den wesentlich milderen, öffentlich überlieferten Methoden zu bleiben: Ständig hieß es mit ungeduldig-genervtem Unterton, die Agenda 2010 und die „Hartz“-Gesetze seien aufgrund der leeren öffentlichen Kassen „notwendig“. Abgesehen von der Frage, ob es überhaupt Notwendigkeiten in der Politik gibt - bedeutet Politik nicht den Wettbewerb unterschiedlicher Lösungen und Antworten? -, liegt der Verdacht nahe, dass der Verweis auf die finanziellen Engpässe der Sozialsysteme schlicht instrumentalisiert wurde, weil es an eigentlichen, inhaltlichen Begründungen



Gunnar Hinck ist Neumitglied im Kreis Tempelhof-Schöneberg. Foto: privat

mangelte. Wenn „leere Kassen harte Einschnitte notwendig machen“ - so hieß es immer wieder aus der damaligen SPD-Regierungsriege -, dann müsste dies doch theoretisch auch, zum Beispiel, für die gesetzliche Rentenversicherung gelten, die jährlich mit bis zu 55 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bezuschusst wird und noch nie seit Gründung der Bundesrepublik selbsttragend war; dann müsste dies auch für das Pensionssystem gelten, dessen Kosten in den nächsten Jahren drastisch ansteigen werden; dann müsste dies eigentlich auch für das steuerpolitisch teure Ehegattensplitting gelten, dessen Nutzen in seiner jetzigen Form vielfach und auf ernstzunehmende Weise angezweifelt wird.

Unabhängig davon, wie man zu den drei genannten Beispielen steht - ob die Einschnitte bei Arbeitslosen bei gleichzeitiger Schonung anderer Bereiche des Sozialstaats möglicherweise auch damit zu tun hatten, dass hinter Arbeitslosen weit weniger gut organisierte Interessen und Interessengruppen standen und stehen? Dass es schlicht um die Frage der Durchsetzbarkeit ging? Wer die „leeren Kassen“ ins Feld führt, sollte dies auf allen Feldern der Politik tun, sonst wird das Argument schnell und zu Recht als hohl entlarvt.

DAS VERÄNDERTE MENSCHENBILD

Ich glaube, dass die Hartz-Gesetze auch deshalb so dramatisch negative Folgen für

die SPD gehabt haben, weil sie nicht nur „Einschnitte“ bei sozialen Leistungen mit sich brachten, sondern wie nebenbei ein für Sozialdemokraten grundsätzlich neues, nämlich negatives Menschenbild einführten. Dieses negative Menschenbild lässt sich zugespitzt auf die Formel bringen: Der Mensch ist per se faul; man muss ihn mit Zwang dazu bringen, sich endlich wieder Arbeit zu suchen.

Sozialdemokraten wollen, eigentlich, Menschen stärken. „Hartz IV“ hat aber bis dahin bei beträchtlichen Teilen der Empfänger, gewiss nicht bei allen, das Gegenteil bewirkt. Es hat ihnen Angst gemacht: der Mittelschicht Angst vor dem sozialen Absturz; bei denen, die schon unten sind, die Angst vor einem Leben, in dem die Erfüllung elementarer materieller Bedürfnisse einen großen Kraftakt bedeutet und jede angedrohte Kürzung existentielle Konsequenzen hat. Doch wer Angst hat, der ist nicht frei, der ist nicht tatkräftig, der macht sich klein, der tut genau das nicht, was sich die Hartz-IV-Reformer für diese Klientel erhofft hatten: nämlich aktiver, vorwärtsstrebender Teil der Arbeitsgesellschaft zu sein.

Mit Sicherheit kann es nicht die Aufgabe des Staates sein, einen einmal erlangten sozialen Status theoretisch auf ewig zu garantieren, wie einst durch die Arbeitslosenhilfe geschehen. Aber die damalige SPD-Regierungsspitze hat es mit den Kürzungen übertrieben. 251 Euro sollen aus Sicht der damaligen SPD-Regierungsspitze für einen 13-Jährigen oder eine 13-Jährige reichen. 251 Euro für einen 13-Jährigen, unter Anrechnung des Kindergeldes - den ehemaligen SPD-Oberen ist vermutlich bis heute nicht klar, was für einen Schaden eine einzige Zahl wie diese angerichtet hat. Sie hat die SPD in keineswegs nur randständigen Bevölkerungskreisen dramatisch in Verruf gebracht.

Eine Zahl wie diese bedeutet, dass ein 13-Jähriger von nahezu allem, was etwas kostet, ausgeschlossen ist: vom Nachhilfeunterricht etwa oder von der Musikschule. Selbst ein Gutscheinsystem, eigentlich ein Lieblingsargument derjenigen, die vor „falschem“ Konsum bei Hartz-IV-Empfängern warnen, wurde wohl nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Benachteiligungen gegenüber anderen, qua Herkunft privilegierteren Kindern werden so noch verstärkt.

Dass die Kindersätze beziehungsweise deren Berechnungsgrundlage verfassungswidrig, weil willkürlich ermittelt worden

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

sind, hat das Bundesverfassungsgericht schon vor Monaten angedeutet. Jetzt ist es ziemlich wohlfeil und opportunistisch, höhere Kindersätze zu fordern.

Hartz IV hat den sozialen Frieden in Deutschland erheblich gestört. Es bleibt zu fragen, ob der bescheidene punktuelle Nutzen, den Hartz IV gebracht hat, das wert war.

SPALTUNG ZWISCHEN „DRINNEN“ UND „DRAUSSEN“

Ich befürchte, dass die SPD-Regierungszeit im Bund die Gesellschaft sozial tiefer gespalten und ungerechter gemacht hat. Es wird traditionelle Sozialdemokraten ein wenig wundern, aber diese Spaltung lässt sich nur teilweise mit „oben“ und „unten“ kennzeichnen. An Bedeutung gewonnen hat eine Spaltung, die zwischen „drinnen“ und „draußen“ verläuft.

„Drinnen“ sind diejenigen, die sich um ihre Zukunft wenig zu sorgen haben, weil sie geschützt sind durch die herkömmlichen Sicherungen des Sozialstaats und des Arbeitsrechts, oder weil sie so gut verdienen, dass sie all dies nicht brauchen. Dazu gehören Arbeitnehmer mit Festanstellung und starkem Betriebsrat im Hintergrund, Beamte, Angestellte im Öffentlichen Dienst, Pensionäre, Selbstständige mit hohem und regelmäßigem Einkommen.

„Draußen“ und damit ausgeschlossen sind alle diejenigen, die nicht oder kaum in den Genuss der sozialen Sicherungen kommen. „Draußen“ sind Arbeitnehmer mit befristetem Vertrag, Arbeitnehmer ohne Betriebsrat und ohne Tarifbindung, Teilzeitbeschäftigte, Minijobber, Leiharbeiter, Projektmitarbeiterinnen auf Werkvertragsbasis, Praktikanten, Existenzgründerinnen, hinzuverdienende Rentner mit Mini-Altersvorsorge.

Diese heterogene Gruppe ist in den vergangenen Jahren enorm angewachsen und umfasst einen weit größeren Bevölkerungsteil, als durch die offizielle Bezeichnung „prekäre Beschäftigung“ zusammengefasst wird. Inzwischen dürfte sie mehr als ein Drittel der Arbeitenden in Deutschland umfassen, und das auch aufgrund der Politik der rot-grünen Bundesregierung, die die einschlägigen Gesetze zu Minijobs, Leiharbeit, Teilzeit- und befristeter Arbeit beschlossen hatte.

Dieser Teil der Arbeitenden profitiert gar nicht oder nur zum Teil von den Segnungen des Wohlfahrtsstaates. Viele sind in ihrem Leben noch nie in den Genuss von Weihnachts- und Urlaubsgeld gekommen; wie sie später im Alter mit ihrer Rente auskommen sollen, wissen sie oft nicht. Kündigungsschutz, Mutterschutz, Arbeitnehmer-sparzulage, Betriebsrente - alle diese schönen Rechte und Möglichkeiten bestehen



Durchlässigkeit in der Gesellschaft: Solidarität zwischen „drinnen“ und „draußen“. Foto: Horb

für viele von ihnen nicht, oder sie sind faktisch unmöglich.

Ungerecht ist, dass der große prekäre Teil der Arbeitenden die Folgen der Globalisierung praktisch allein zu tragen hat durch mehr Risiken, weniger Sicherheit und weniger Geld, während der geschützte, etablierte Teil der Arbeitswelt praktisch nicht berührt ist. Und ungerecht ist, dass die Durchlässigkeit zwischen den beiden Welten eigentlich nur eine Richtung kennt, nämlich nach „draußen“, während die Türen nach „drinnen“ massiver verschlossen wurden.

WER SIND DIE SCHWACHEN IN DER GESELLSCHAFT?

Die SPD sollte einmal eine ehrliche Diskussion darüber führen, wer in dieser Gesellschaft wirklich schwach ist und eigentlicher Kern-Adressat sozialdemokratischer Politik sein müsste. Sozialdemokratische Sozialpolitik wurde in der Vergangenheit zu einseitig gemacht für den idealtypischen sozialdemokratischen Arbeitnehmer der Nachkriegszeit (männlich, westdeutsch, verheiratet, Facharbeiter oder Angestellter in einem großen Betrieb, gewerkschaftsgebunden).

Aber dieser Typ Arbeitnehmer, der pünktlich zu jeder Tarifrunde in der Tageschau vor dem Werkstor mit Trillerpfeife und rotem IG-Metall-Plastikklebchen zu sehen ist, ist in Wirklichkeit nicht schwach, sondern relativ stark. Sollte dessen Arbeitsplatz tatsächlich einmal gefährdet sein, springt der erprobte Rettungsapparat des bundesdeutschen Sozialstaats an: Kurzarbeit, Auffanggesellschaft, notfalls Arbeits-

losengeld I, Altersteilzeit. Schwach in dieser Gesellschaft sind ganz andere: die Alleinerziehende, die in Teilzeit als Verkäuferin beim Discounter arbeitet; die als Mini-Jobberin beschäftigte Putzfrau, der schwarz beschäftigte Einwanderer, der als Küchenhilfe im Restaurant arbeitet, der Uni-Absolvent, der sich von der befristeten Anstellung über den Werkvertrag mit zwischenzeitlicher Arbeitslosigkeit zu prekärer Existenzgründung hangelt; der Unternehmensgründer, der keinen Kredit von der Hausbank bekommt und dem die Bürokratie viel zu viele Kräfte nimmt; der Hilfsarbeiter im Umzugsunternehmen, der für einen Dumping-Lohn schwere Arbeit leistet; die in eine Tochtergesellschaft ausgelagerte Sachbearbeiterin.

WACHSENDE HEERSCHAR VON AUSGESCHLOSSENEN

Es ist wohl kein Zufall, dass die SPD genau bei der wachsenden Heerschar der Ausgeschlossenen am 27. September besonders katastrophal abgeschnitten hat, bei den Etablierten jedoch noch relativ gut. Bei den Arbeitern mit Gewerkschaftsbindung erzielte sie noch immerhin 35 Prozent, bei Rentnern und Pensionären 29 Prozent. Genau bei den Bevölkerungsgruppen aber, die überdurchschnittlich stark ausgeschlossen sind von Sicherheit, Berechenbarkeit und Zukunftsperspektiven, sind die Ergebnisse der SPD schlicht desolat zu nennen: In Ostdeutschland erhielt die Partei 17,9 Prozent, bei den unter 30-Jährigen 17 Prozent, bei den Frauen verlor sie überdurchschnittliche 13 Prozentpunkte.

Ich habe den Eindruck, dass der Partei die Welt der Ausgeschlossenen ziemlich fremd ist, und man tritt der Partei wohl nicht zu nahe, wenn man unterstellt, dass dies auch mit der Mitgliederstruktur zu tun hat. Fast zwei Drittel der SPD-Mitglieder sind Rentner, Pensionäre, Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst.

Das heißt: Zwei von drei Mitgliedern sind geschützt vor den fundamental härter gewordenen Bedingungen von Markt und Wettbewerb. Ihnen fehlt die zentrale Erfahrung von Risiken und Ängsten, aber auch den Chancen, die zur freien - wer es kritischer mag: kapitalistischen - Wirtschaftsordnung gehören. Nüchtern parteisozilogisch betrachtet, ist die sozialdemokratische Politik der vergangenen Jahre so durchaus zu verstehen. Aber ist sie gerecht? Sichert sie die Zukunft dieser Partei?

Die SPD hat in großen Teilen nichts anderes als eine Politik gemacht, die die eigene, sozial ziemlich eng umrissene Stammklientel geschont, sie teils einseitig begünstigt hat.

Dass der erste Mindestlohn ausgerechnet für das Postgewerbe eingeführt wurde,

Fortsetzung S.11

Fortsetzung von Seite 10

dürfte wohl weniger der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass die soziale Not bei den Beschäftigten der Deutschen Post AG am größten war, sondern weil im ehemaligen Staatsunternehmen sowohl die Konzernspitze als auch die Beschäftigten über Verdi und die Betriebsräte bestens mit der Politik verdrahtet waren.

GUT GEMEINT KANN AUCH
UNGERECHT WIRKEN

Und das Elterngeld schließlich, noch zu Renate Schmidts Zeiten erdacht, begünstigt genau jene Frauen, die gut und regelmäßig verdienen, benachteiligt aber Frauen - und Männer - mit unregelmäßigem oder niedrigem Einkommen. Es gibt Frauen, die trotz Schwangerschaft besonders viel und bis zur Geburt durcharbeiten, um einen möglichst hohen Elterngeldsatz zu erzielen und richtiggehend sauer auf ihre festangestellten Geschlechtsgenossinnen sind, weil diese es in der Schwangerschaft bei gleichem Gehalt ruhiger angehen lassen können. Dieses Detail aus den Tiefen der Alltagswelt ist keine Kleinigkeit. Es ist bedeutsam, weil es zeigt, wie gut gemeinte Politik als nicht gerecht wahrgenommen wird.

Die SPD-Spitze wirft der Regierung derzeit Klientelpolitik vor. Das mag stimmen, der Vorwurf könnte sich aber als ziemlicher Bumerang erweisen in Hinblick auf die eigene jüngste Vergangenheit.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN
WERTE REVITALISIEREN

Warum ich bei so viel Kritik doch in die SPD eingetreten bin?

○ Weil die SPD immer wieder gezeigt hat, dass sie zum Wandel fähig ist.

○ Weil die Oppositionszeit die Chance bietet, sich zu öffnen und zuzuhören. Aber man muss es auch wollen.

○ Weil die SPD von ihrem Potential her eine Volkspartei ist: Heimat für die Starken und für die Schwächeren, für die Gutverdiener und für die Ärmern, für die Aufstiegswilligen und für diejenigen, die mit dem Erreichten zufrieden sind.

○ Weil es die Werte sind, für die die Partei einst stand: Gerechtigkeit und Freiheit und Solidarität; Werte, die zusammengehören.

Viel ist kaputt gemacht worden in den vergangenen Jahren. Sicher ist auch: Eine Rückkehr in die vermeintlich heile Welt der 70er und 80er Jahre wird es nicht geben. Die sozialdemokratischen Werte zu revitalisieren unter den ganz anderen Bedingungen unserer heutigen Zeit - das klingt nach Sisypchos, aber noch schlimmer wäre, sich nachsagen lassen zu müssen, es nicht probiert zu haben. **Gunnar Hinck** □

Bildungspolitik:

Eine Frage der Umsetzung

Gabi Thieme-Duske: Richtige Konzepte allein reichen nicht

Die Einführung der Sekundarschule in Berlin gilt zu Recht als Ausstieg aus einem gegliederten System, das Schüler allzu oft nach sozialer Herkunft sortiert und damit Bildungschancen versperrt und in Sackgassen führt statt in einer gemeinsamen Schule allen Schülerinnen und Schülern durch individuelle Förderung Chancen auf den höchsten schulischen Bildungsabschluss, das Abitur, zu eröffnen.

Diese grundlegende Schulstrukturform mit der Abkehr vom Ausleseprinzip steht in guter Berliner sozialdemokratischer Tradition. Siegfried Heimann weist in der Berliner Stimme vom 30. Januar zu Recht auf den Einsatz der Berliner Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit für gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler und die Einführung einer achtjährigen gemeinsamen Grundschule im Jahre 1948 hin.

Aus der achtjährigen Schule für alle wurde 1951 unter konservativer Mehrheit die sechsjährige Grundschule, auch in dieser verkürzten Form noch ein Solitär in der bundesrepublikanischen Bildungslandschaft, von konservativer Seite häufig attackiert, aus heutiger Sicht schon damals ein fortschrittlicher und moderner Ansatz.

CARL-HEINZ EVERS UND DIE
GESAMTSCHULE IN BERLIN

In dieser Tradition stand auch 1963 der damalige Schulsenator Carl-Heinz Evers, als er in seiner „Denkschrift zur inneren Schulreform“ auf das falsche und strukturell rückständige Ausleseprinzip des gegliederten Schulsystems im Sekundarbereich hinwies, das nicht pädagogisch, sondern soziologisch begründet sei. Die Einführung der Gesamtschule in Berlin 1968 durch Evers war eine Abwendung vom vertikal gegliederten, ausleseorientierten dreigliedrigen Schulsystem. Berlin wurde damit zum Vorreiter für eine Demokratisierung des Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland.

Gerade an der Person Carl-Heinz Evers lässt sich aber auch nachvollziehen, dass es nicht reicht, eine richtige Konzeption zu erarbeiten und per Gesetz durchzusetzen. Carl-Heinz Evers trat 1970 von seinem Amt als Schulsenator zurück, weil er für seine finanziellen Forderungen keine Unterstützung fand.

Resigniert stellte er damals fest, dass er es unerträglich fand, „einerseits die Bedeu-



Gabi Thieme-Duske war als Lehrerin an der Grundschule und im Oberstufenzentrum tätig, von 1995 bis 2001 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Foto: SPD Berlin

tion des Ausbaus des Bildungswesens immer wieder zu betonen und andererseits in finanzpolitischen Entscheidungen genau gegenteilig zu verfahren.“

Diese Feststellung ist auch vierzig Jahre später noch genau so aktuell wie damals. Gleichzeitig weist sie die Berliner Sozialdemokraten auf ihre Aufgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Sekundarschule hin: Die Einführung der Sekundarschule muss verbunden sein mit einer dauerhaften angemessenen personellen und sachlichen Ausstattung, und zwar sowohl im unterrichtlichen als auch im außerunterrichtlichen und sozialpädagogischen Bereich, damit die anvisierte optimale Förderung aller nicht auf dem Papier stehen bleibt.

Nur wenn die Umsetzung der richtigen pädagogischen Ziele und eine auf Dauer sachlich angemessene finanzielle Ausstattung Hand in Hand gehen, wird diese Strukturreform erfolgreich sein und in der Öffentlichkeit zu der erhofften Akzeptanz führen. **Gabi Thieme-Duske** □

Informationen zur
Schulstrukturreform

Mehr Informationen zur geplanten Schulstrukturreform in der Reihe „Argumente“ der Berliner SPD, erhältlich im Internet unter: <http://www.spd-berlin.de/argumente>

Biographie:

Unkritischer Umgang mit Quellen

Rainer Sandvoß über Jörg Treffkes getrüben Blick auf Gustav Heinemann

Meiner Generation wird er wohl unvergessen bleiben: Deutschlands erster sozialdemokratischer Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976), von Heinrich Böll einst liebevoll-ironisch als „Radikaler im Öffentlichen Dienst“ charakterisiert. Der protestantische Jurist, zu dessen Vorfahren Freiheitskämpfer der Revolution von 1848 zählten, hatte bereits als Justizminister in der Großen Koalition (1967-1969) mit großer Energie und einer unbeirrbar durchlüftet, darunter waren erste Liberalisierungen des Sexualstrafrechts, die ihm wütende Angriffe von konservativer Seite einbrachten. (So meinte ein damals bekannter CSU-Repräsentant, Heinemann beabsichtige mit seiner Strafrechtsreform, „alle Schweinereien von Strafe freizuhalten“.)

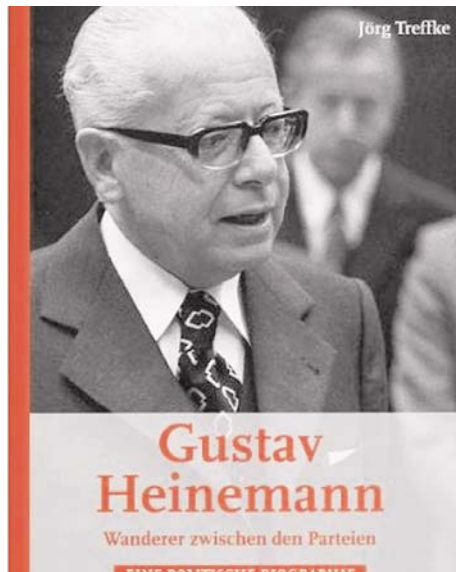
Als Heinemann nach seiner knappen Wahl zum Bundespräsidenten (März 1969) - er war im dritten Wahlgang mit nur wenigen Stimmen stärker geblieben, als der Gegenkandidat Gerhard Schröder, der sich auf die Zustimmung von CDU/CSU und einer Minderheit der FDP und nicht zuletzt die der NPD (!) stützte - schließlich von einem „Stück Machtwechsel“ sprach, geriet dies für konservative Kreise zu einer Provokation, schien doch die Bundesrepublik vielen ein natürlicher Erbhof des „nationalen“ bürgerlichen Lagers zu sein.

Und Heinemann, vom Naturell her eher unaufgeregt und das genaue Gegenteil eines Agitators, legte noch ein paar Kohlen nach, als er in einem Interview 1969 äußerte: „Ich liebe nicht den Staat. Ich liebe meine Frau.“

Tatsächlich war die Heinemann-Wahl der Auftakt - vielleicht die Generalprobe - für das noch im selben Jahr gebildete sozial-liberale Kabinett Brandt-Scheel, das mit seiner Ost-Politik und der Politik der „inneren Reformen“ eine neue Phase der Geschichte der Bundesrepublik einleitete und große Teile der zuvor aufbegehrenden Jugend integrierte.

Vor diesem Hintergrund durfte man als Leser voller Spannung auf die erste wissenschaftliche Heinemann-Biographie hoffen, die - lange Zeit angekündigt - nun vorliegt.

Doch um es vorweg zu sagen: Die Publikation über den „unbequemen Präsidenten“ enttäuscht in weiten Passagen, obwohl sie sich auf viele, bisher unausgewertete Quellen stützt und keineswegs langweilig zu lesen ist. Schon der Ansatz des Autors, der mit seiner Darstellung promoviert hat, ist problematisch. Treffke legt ei-



Jörg Treffke, Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 2009, 39,90 Euro, ISBN-13: 978-3506767455

ne parteipolitische Studie Heinemanns vor, legt also das Schwergewicht auf die wechselnden parteipolitischen Stationen und „Karrieren“ Gustav Heinemanns, der tatsächlich im Laufe seines Lebens fünf Parteien angehört hatte: Zur Zeit der Weimarer Republik waren es die eher linksliberale Deutsche Demokratische Partei (1919-1922) und dann der Christlich Soziale Volksdienst (1930-1933) und nach dem Zweiten Weltkrieg die CDU (deren Mitbegründer der Protestant war), in der er vom Essener Oberbürgermeister bis zum Innenminister unter Konrad Adenauer aufstieg, dann die Gesamtdeutsche Volkspartei (1952-1957), die in scharfer Frontstellung zu Adenauers Kurs der Wiederbewaffnung und Westintegration stand und als Gegenkonzept die Wiedervereinigung bei militärischer Paktneutralität vertrat, und schließlich Heinemanns letztes und längstes Engagement, das nach dem SPD-Beitritt 1957 begann und ziemlich schnell an die Spitze der Sozialdemokratie führte. Gerade Letzteres war nur möglich geworden, weil sich die SPD durch den Kurs um und nach Godesberg (1959) auch christlichen Kreisen öffnete und sich zur so genannten Sozialen Marktwirtschaft bekannte.

(Nebenbei: Auch wenn es zutrifft, dass Heinemann nie „ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat“ wurde und die Anrede „Genosse“ ablehnte, so war er doch innerhalb der Partei außerordentlich beliebt, auch wenn der Biograph das nicht wahrhaben will. Und es war wohl zudem kein Zufall, dass Heinemann im März 1933 die SPD

wegen ihres republikanisch-demokratischen Kurses gewählt hat.)

Treffkes Absicht, eine wissenschaftliche und auf Quellen gestützte - also Legenden und Mythen „entzaubernde“ - Sicht auf Heinemanns wechselvolles Leben vorzulegen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Dies gelingt ihm m. E. am besten dort, wo er Heinemanns Rolle bei der Gründung der überkonfessionellen christlichen Sammlungspartei CDU und deren interne Auseinandersetzungen beschreibt; man denke dabei an christlich-sozialistische Politikentwürfe wie den des - von Adenauer und anderen strikt abgelehnten - „Ahlener Programms“. Auch die Auseinandersetzungen des Innenministers mit dem ersten Kanzler der Bundesrepublik liest man mit Spannung und Gewinn.

Hier schöpft Treffke, der sich auf seine diesbezügliche Magisterarbeit („Heinemann und die CDU 1945-1952“) stützen konnte, aus dem Vollen.

Methodisch und inhaltlich-sachlich ins Rutschen gerät die Arbeit des früheren Redenschreibers des Brandenburger Innenministers Schönbohm (CDU) allerdings, als der Autor Heinemanns Weg zwischen 1933 und 1945 sowie den der GVP zwischen „Ost und West“ in den Blick nimmt.

Im ersten Fall, der vornehmlich Heinemanns Wirken in der Bekennenden Kirche (BK) im Rheinland beschreibt, versucht der Autor den Nachweis zu bringen, dass es damals auch Heinemann nicht (wie so oft behauptet) um einen Widerstandskampf gegen das NS-Regime ging, sondern lediglich um eine Abwehr innerkirchlicher „Einschaltungstendenzen“.

Dabei brach Heinemann 1938 genau aus diesem Punkt sein Engagement innerhalb der BK ab! Es ist ungerecht und unzutreffend, Heinemann als politisch Angepassten, der sich „dem Hitler-Regime gegenüber loyal“ (S. 234) verhielt, zu bezeichnen. Die u. a. durch ihr Werk „Ich trug den gelben Stern“ bestens ausgewiesene Autorin und Zeitzeugin Inge Deuschkron (*1922) hat sowohl in Vorträgen als auch in einem sachkundigen Aufsatz (Zeitschrift „Vorgänge“, Nr. 169 von März 2005) davon berichtet, dass Gustav Heinemann „Rasseverfolgten“ seine Solidarität und untergetauchten Juden seiner Heimatstadt Essen seine Hilfe angedeihen ließ.

Völlig haltlos ist Treffke mit seinem Vorwurf bzw. seiner Einschätzung, Heinemann, der nie Mitglied der NSDAP, wohl aber einiger NS-Nebenorganisationen war, habe sich im sogenannten Dritten Reich auch nicht anders verhalten als die in der

Fortsetzung von Seite 12

Bundesrepublik oft angeprangerten Hans Filbinger und Hans Globke. (Ersterer fällte noch am Kriegsende als Marinerichter ein Todesurteil, Adenauers Staatssekretär Globke war sogar Kommentator der berühmten Nürnberger Rassegesetze.)

Man wundert sich, dass derartige ideologische Entlastungsangriffe von Gunsten NS-belasteter, deutschnationaler CDU-Politiker als wissenschaftliche Forschung durchgehen!

Nicht minder in die Schieflage gerät die Biographie, wenn im Abschnitt über Heinemann und die Gesamtdeutsche Volkspartei der Nachweis versucht wird, die GVP habe sich nicht nur Dank (getarnter) Finanzspritzen von Seiten der DDR über Wasser halten können - was weitgehend zutrifft, aber nicht neu ist -, sondern sei „höchstwahrscheinlich“ von der SED bzw. der West-KPD „angeleitet“ worden.

Treffke stützt sich dabei einseitig auf alte DDR-Quellen, auch wenn sie teilweise unter dem Bestandsbegriff „Ost-CDU“ heute im Konrad-Adenauer-Archiv lagern.

Es gehört zum Handwerkszeug des Wissenschaftlers, Quellen kritisch zu überprüfen, sie aus ihrem Kontext heraus zu interpretieren, erst recht, wenn es sich um ideologisch kontaminierte Gestapo- oder Stasi-Schriftstücke handelt. Es hätte dem Autor auffallen müssen, dass bereits der Begriff „Anleitung“ dem zentralistisch-diktatorischen Denken und der typischen Diktion der bolschewistischen Kadersprache entspringt. Der Biograph weist auch nicht darauf hin, dass sich die GVP den SED-Forderungen ihres Bündnispartners „Bund der Deutschen“ erfolgreich widersetzt und deshalb schließlich (aus SED-Sicht) vernichtet werden sollte.

Unfreiwillig satirisch gerät Treffkes Beweisführung, wenn er Heinemanns Ost-Berliner „Geheimtreffen“ im Vorfeld einer gesamtdeutschen Tagung der Evangelischen Kirche (EKD) in Potsdam auflistet und dabei bemerkt, dass außer dem Vorsitzenden der Ost-CDU Nuschke sowie Niemöller und Heinemann „höchstwahrscheinlich“ Otto Dibelius anwesend war. Gerade der damalige konservative Berliner Bischof (er gehörte auch der West-Berliner CDU an) war das absolute Gegenteil von Ost-infiltriert.

Man kann viel wissen und doch nichts begreifen, zeigt Autor Treffke unfreiwillig. Es kann ihm der Vorwurf unkritischen Umgangs mit problematischen Quellen leider nicht erspart werden. Schade, dass die so lang erwartete Biographie über einen ungewöhnlichen Politiker und Bundespräsidenten, die durchaus auch interessante und überzeugende Abschnitte aufweist, so voller Unausgewogenheiten steckt und dadurch stark an Wert verliert

Rainer Sandvoß □

Im März vor 20 Jahren fand die erste freie Wahl in der DDR nach der Wende statt. SPD-Mitglieder aus dem Westen haben dabei die Genossinnen und Genossen im Ostteil tatkräftig unterstützt. Das Ergebnis war für sie allerdings enttäuschend, Kanzler Kohl und die Konservativen hatten mit ihren Versprechen von rascher D-Mark-Einführung und blühenden Landschaften Erfolg. Im Februar-Wahlkampf 1990 waren in Prenzlauer Berg auch Weddingener Genossen aktiv: Das Foto zeigt den damaligen Weddingener Bezirksverordneten Karl-Heinz Füllberg beim Verteilen der Berliner Stimme. Foto: Archiv Füllberg

**Friedliche Revolution:**

„Politik? Nein, danke.“

1989 änderte Heidrun Meißner ihre Meinung

Ein Spruch aus meiner Zeit in der DDR lautete: „Niemand würde ich Politiker werden, Politik kein Interesse.“ Aber man sollte niemals „nie“ sagen.

Wir hatten uns ins Private zurückgezogen, Familie, Kinder, Freunde, ein technischer Beruf, Kollegen, denen man vertraute. Mit diesen konnte man auch über politische Themen diskutieren. (Nach 1989 kam allerdings ans Licht, dass auch wir von Kollegen ausspioniert wurden.) Wir blieben in dem dumpfen System gefangen, eingesperrt, ohne Hoffnung auf eine Änderung.

Im Laufe der Entwicklungen im Jahr 1989 wurde mir klar, dass nun, wenn viele mitmachen, endlich die Chance einer Veränderung besteht. Ende Oktober 1989 stand mein Entschluss fest und meine Bewunderung für Helmut Schmidt und Willy Brandt und den Zielen der Sozialdemokratie bewegten mich, Kontakte zur SPD zu suchen. Mein Ziel war an der Auflösung der DDR und der Schaffung demokratischer Verhältnisse in unserem Land mitzuwirken. Bereits im Dezember 1989 war ich 2. Sprecherin im Ortsverband Altglienicke. Damals dachte ich, mein Engagement würde zeitlich begrenzt sein.

Zunächst begannen wir in Altglienicke mit der Arbeit. In Flugblättern prangerten wir die Missstände an und schlugen Veränderungen vor. Im Frühjahr wurden Kandidaten zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 6. Mai 1990 gesucht und ich stellte mich zur Wahl. Bei dieser ersten Kommunalwahl wurden die Bezirksverordneten direkt gewählt, die Ortsverbände stellten ihre Listen auf und die Kandidaten konnten einzeln angekreuzt werden. Der Altglienicker Ortsverband der SPD konnte mit vier Bezirksverordneten in die BVV einziehen und ich war dabei. Unser Treptower Rathaus hatte ich bisher noch nicht von innen gesehen. DDR-Bürgern war der freie Zugang verwehrt, es sei denn man wurde wie meine Freundin wegen ihres Ausreiseersuchens vorgeladen.

Ich erinnere mich daher noch gut an den Brief aus dem Rathaus Treptow, mit dem



Heidrun Meißner bei der Wahl zur BVV-Vorsteherin. Mitglied der BVV und Bezirksverordnetenvorsteherin war sie von 1990-1995, Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1995-1999, erneut Mitglied der BVV und Fraktionsvorsitzende der SPD von 1999-2006,

ich zur ersten Fraktionssitzung eingeladen wurde. Anders als heute, kannten sich die meisten der 38 Fraktionäre vorher nicht, da sie bisher nur in ihren Ortsverbänden aktiv waren. Als Berater stand uns Martin Wille zur Seite, damals Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion Neukölln. Die Regeln des Parlamentarismus mussten wir wie vieles andere erst lernen. Und alles musste schnell gehen. Als stärkste Fraktion stand uns neben dem Amt des Bezirksbürgermeisters und weiteren vier Stadträten das Amt des Bezirksverordnetenvorstehers zu. Aus unserer Mitte wurden Pfarrer Huhn und ich aufgefordert, zu überlegen, ob wir dieses Amt ausführen wollten. Bevor ich mich entschied, bat ich Hannelore Bock, Vorsteherin der BVV Neukölln, mich in die Arbeit einer BVV und in die Arbeit als Vorsteherin einzuweißen. Es war für mich eine große Herausforderung und ein Vertrauensvorschub, als ich am 31. Mai 1990 zur Vorsteherin der BVV gewählt wurde. Und es war der Beginn einer langjährigen politischen Arbeit in verschiedenen demokratischen Gremien im Bezirk und im Land Berlin und für die Ziele der Sozialdemokratie zu streiten.

Durch diese Arbeit bin ich unendlich an Erfahrungen reicher geworden, habe viele politische Weggefährten und Freunde gefunden und die Erkenntnis niemals ‚nie‘ zu sagen.

Heidrun Meißner □

Abschied nach 95 Parteitagen

Monique Wersebé verlässt das Kurt-Schumacher-Haus

Mit großem Gepäck hat Monique Wersebé das Kurt-Schumacher-Haus verlassen: Das Abschiedsgeschenk für die langjährige Mitarbeiterin des Landesverbandes, die im November 1978 als Sekretärin und Sachbearbeiterin begann, war ein Koffer - für weitere große Reisen im Ruhestand.

Zwölf SPD-Landesvorsitzende hat sie seit 1978 erlebt, mit 10 Landesgeschäftsführern und ebenso vielen Landeskassierern zusammengearbeitet, auf 95 Parteitagen mitgearbeitet. Seit Beginn der achtziger Jahre betreute sie im Bereich Organsiation u.a. die Antragskommission und die Landesschiedskommission.

Der Vorsitzende der Schiedskommission Niko Sander bedankte sich auf dem Abschiedsempfang für Monique Wersebé mit der Verlesung eines Urteilspruchs. „Die



Glückwünsche für Monique Wersebé: Niko Sander
Foto: Horb

Schiedskommission der Sozialdemokratischen Partei Landesverband Berlin beantragt gegen das SPD-Mitglied Monique Wersebé die Erteilung einer Rüge nach § 35 Abs.2.1 Orgstatut wegen eines trotz häufiger Ermahnung und guten Zuredens beharrlichen Verstoßes gegen den Parteitags-

beschluss, erst im Alter von 67 Jahren in die Rente zu gehen.“ Großzügig setzte sich die Kommission darüber hinweg, dass sie gar nicht antragsberechtigt ist und sprach umgehend die von ihr selbst geforderte Rüge aus: „Die Antragsgegnerin hat sich darauf berufen, dass ihr Schritt geltender Rechtslage entspricht. Aber dieser Hinweis erschien der Landesschiedskommission als Schutzbehauptung, hat sich doch ein gutes SPD-Mitglied in seiner gesellschaftlichen Vorbildfunktion so zu verhalten, dass die Bevölkerung, d.h. die Menschen draußen im Lande, ihm nacheifert.“ Die Entscheidung der Schiedskommission, so Niko Sander, habe nicht anders ausfallen können, schließlich habe Monique Wersebé in „herorragender Weise in all den vielen Jahren, in denen sie in der Müllerstraße für uns zuständig war, gearbeitet“. Sie habe alle Gespräche und Sitzungen „exzellent vorbereitet“ und „war zu Hause in der Welt der Statuten, Ordnungen und Paragraphen“. Das werde fehlen, so Niko Sander. **U. H. □**

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

■ SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühshoppen** mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller und dem Kreisvorsitzenden Klaus Ulbricht, Sonntag, 14. Februar, 10.00 Uhr, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ SPD Mitte - AG Migration, **Arbeitsplanung und Vorbereitung der Wahlen**, Montag, 15. Februar, 19.00 Uhr, Vereinslokal der Erenler - Die Weisen e.V., Amsterdamer Straße 8, 13347 Berlin

■ Fachausschuss Mobilität / Christian Gaebler, MdA, **Mobilität in der Region Berlin-Brandenburg**, Anforderungen, Chancen und Risiken! (Vortrag und Diskussion mit Christian Wiesenhütter, Stellv. Hauptgeschäftsführer IHK), **Eisenbahnverbindungen nach Polen** (Information und Diskussion mit Jürgen Murach), Mittwoch, 17. Februar, 18.30 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Rechenschaftsbericht 2009 und Wahlen**, Mittwoch, 17. Februar, von 18.00 bis 19.30 Uhr, SPD Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Ausstellungseröffnung: „NAH UND FERN“** von Eve-Charlotte Schulz, Donnerstag, 18. Februar, von 17.00 bis 19.00 Uhr, Wahlkreisbüro Petra Merkel, MdB, Goethestraße 80, 10623 Berlin, Ausstellung bis zum 25. März - Öffnungszeiten: Mo + Do 12 bis 16 Uhr, Di + Mi 10 bis 14 Uhr, Sa 11 bis 14 Uhr

■ AG Migration Steglitz-Zehlendorf, **Migrations- und Bildungspolitik stärken - auch in der SPD**, mit Christian Berg, Sprecher des Arbeitskreises Migration im Juso-Landesverband Berlin Donnerstag, 18. Februar, 18.00 Uhr, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin-Lankwitz

■ ASF Tempelhof-Schöneberg / Ulrike Neumann, MdB, **Zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauen**, Podiumsdiskussion mit Sabine Reiner, Ver.di, Referat Wirtschaftspolitik Jenny Huschke, DGB-Bundesvorstand, Referat Gleichstellungspolitik, Margrit Zauner, ASF Bundesvorstand, Donnerstag, 18. Februar, 19.30 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **Ball der SPD Friedenau**, Samstag, 20. Februar, Einlass: 18.00 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr, Rathaus Friedenau, Schlesiensaal. Vorbestellung der Karten zu 28 Euro im Büro Edmund Hellmich, Telefon 030 - 51 73 66 14, E-Mail: mail@rechtsanwalt-hellmich.de

■ Fachausschuss Umwelt / Daniel Buchholz, MdA, **Nachhaltiger Konsum - wie geht das und geht das überhaupt?** mit Yvonne Zwick, Rat für Nachhaltige Entwicklung, und Nicolas Bach, Nexus-Institut, Berlin, Dienstag, 23. Februar, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Die Zukunft der Bundeswehr in Afghanistan**, mit Rainer Arnold, MdB, verteidigungspol. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander Schrade, Länderreferent Afghanistan der Deutschen Welthungerhilfe e.V. und Ute Finckh, Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung, Dienstag, 23. Februar, 19.30 Uhr, Wannseehof, Kronprinzessinnenweg 252, 14109 Berlin, direkt am S-Bhf Wannsee

■ SPD Lichtenberg, **Dauer und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements**, Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Hans-Peter Bartels, MdB, Mitglied im Untersuchungsausschuss zum Luftangriff bei Kundus, Dienstag, 23. Februar, 19.30 Uhr, Rathaus Lichtenberg, Ratssaal (Raum 100), Möllendorferstraße 6, 10367 Berlin

■ SPD Mitte, **AfA, Versammlung**, Dienstag, den 23. Februar, 17.00 Uhr, im Restaurant Opatija Grill, Müllerstr.70, nahe U-Bhf. Rehberge

■ AK Berufliche Bildung / Christa Müller, **Schulstruktureform - Chance oder Benachteiligung für die beruflichen Schulen**, mit Jürgen Zöllner, Dienstag, 23. Februar, 19.30 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, (Raum wird unten im Eingang angezeigt), Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ Historische Kommission, **Der Friedhof der Märzgefallenen - eine nationale Gedenkstätte!** Mittwoch, 24. Februar, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ ASF Berlin / Ulrike Neumann, **Landesvorstand**, mit Elke Ferner, MdB und ASF-Bundesvorsitzende, Mittwoch, 24. Februar, 19.30 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, MdA, **Neue Strategie oder Weiter so in Afghanistan?** mit Dr. Rahim Safi, Afghanistan-Experte, SPD-Mitglied; Wolfgang Gunkel, SPD-Bundestagsfraktion; Swen Schulz, SPD-Bundestagsfraktion; Karl-Heinz Niedermeyer, Sprecher des FA I, Mittwoch, 24. Februar, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin

■ Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof-Schöneberg, **Ausarbeitung eines Diskussionspapieres bedingungsloses Grundeinkommen**, Donnerstag, 25. Februar, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F. Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachgespräch **„Quo vadis Rechtsextremismusbekämpfung?“** Perspektiven einer gelingenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland mit Professor Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal, und Sönke Rix, MdB, Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Donnerstag, 25. Februar, 15.00 bis 17.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus II, Raum 1.02, Hiroshimastr. 28,

10785 Berlin. Anmelden bitte unter: constanze.yakar@fes.de

■ SPD Spandau und AWO Arbeitskreis Pflege und Gesundheit, **Erste Erfahrungen mit den Pflegeberatungsstützpunkten in Spandau**, Donnerstag, 25. Februar, 19.00 Uhr, SPD-Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin,

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Ines Geipel**, Autorin, ehem. Weltklassempterin, Doping-Opfer, Mittwoch, 3. März, 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg | Der Eintritt ist frei!

■ Jusos, Kongress **Links 2010 - Veränderung durch Bewegung**, 19.3. bis 21.3.2010, Ernst-Abbe-Schule, Sonnenallee 79., U-Bhf: Rathaus Neukölln, Bus: M41, Anmeldeschluss ist der 8.3.2010! Alle weiteren Informationen in der nächsten Berliner Stimme und unter www.links2010.de

■ SPD Treptow-Köpenick, **Frauenpower gestern und heute**, Lesung anlässlich des Internationalen Frauentages und des „Equal Pay Day“ Samstag, 27. März 2010, um 16 Uhr, Galerie „Kunst trifft Politik“, Grünauer Str. 8, Gartenhaus, SPD-Kreisbüro-Treptow-Köpenick, 12557 Berlin

■ aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet: <http://www.spd-berlin.de/termine/>

S PRECHSTUNDEN

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Donnerstag, 18. Februar 2010, von 17.30 bis 19.00 Uhr beim Moabiter Ratschlag, Rostocker Str. 3, 10553 Berlin; Freitag, 26. Februar 2010, von 14 bis 16 Uhr im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung unter: Tel. 720 13 884 und mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Donnerstag, 11. Februar 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.



„Crossing Christoffer Street“: Eine Aufnahme der US-amerikanischen Fotografin Sylvia Plachy.

© by Sylvia Plachy

Einfühlsame Aufnahmen

Sylvia Plachys Fotografien im Willy-Brandt-Haus

Dreißig Jahre hat Sylvia Plachy für das New Yorker Magazin „Village Voice“, für „Newsweek“, „GEO“, „Vogue“ oder das „Time Magazine“ gearbeitet. Für ihr Gesamtwerk wurde sie am Wochenende im Berliner Willy-Brandt-Haus mit dem Dr.-Erich-Salomon-Preis der Deutschen Gesellschaft für Fotografie (DGPh) ausgezeichnet. Unter dem Titel „Waiting“ ist dort bis zum 28. März 2010 eine Ausstellung mit Arbeiten der Fotografin zu sehen.

Mit der 1943 in Budapest geborenen Sylvia Plachy ehrt die DGPh eine international renommierte Fotografin, deren Bilder in bester Tradition der modernen amerikani-

schen Dokumentarphotographie stehen. „Ihre Bildwelt ist poetisch und melancholisch, zugleich oft witzig oder gar skurril und bisweilen auch ernüchternd, aber immer bewegend. Sie ist eine Entdeckerin, die für all das offen ist, was ihr am Wegesrand auffällt. Menschen, Räume, Dinge, alles kann bei ihr zum Bild werden“, heißt es in einer Würdigung. „Kameras und Aufnahmeformat setzte sie dabei ein wie es ihr gerade passt - und es passt immer, egal ob chinesische Spielzeugkamera oder Leica, Panorama, Schwarz-Weiß oder Farbe. Plachy verbindet die unterschiedlichsten Techniken souverän zu einem organischen Ganzen.“

➡ Ausstellung bis 28. März 2010, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, gültiger Personalausweis erforderlich.

Ausstellung:

Böse Striche

George Grosz in der Akademie der Künste

Kahlköpfig, Schmiss im Gesicht, faltiger Stiernacken, Sekt oder Säbel in der Hand. So zeichnete George Grosz Kapitalisten und Offiziere der Weimarer Republik. Und er attackierte sie gern. Seine Zeichnungen zierten die Titel der satirischen Blätter „Die Pleite“, „Blutiger Ernst“ und der „Knüppel“. Er fokussierte die Spaltung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete.

George Grosz (1894 - 1959) war ein politisch ambitionierter Künstler, der aneckte und mit dessen Zeichnungen sich Gerichte zu befassen hatten. Ihm widmet nun die Berliner Akademie der Künste (AdK) eine umfassende und sehr sehenswerte Ausstellung.

Klaus Staeck, Akademiepräsident und selbst ein Meister der politischen Fotomontage, sieht in ihm ein Vorbild. Grosz habe die Kapitalisten immer dick und mit Zigarre gezeichnet, sie kommen heute anders daher; aber der Kapitalismus sei der

gleiche geblieben, sagt Staeck.

Die Ausstellung zeigt neben den Zeichnungen, die er in den satirischen Zeitschriften „Die Pleite“ und „Blutiger Ernst“ publizierte, vor allem seine Montagetechnik. Mit Schere und Klebstoff erwies sich Grosz in den 20iger Jahren als ein führender Dadaist. In vielen Montagen findet sich das Großstadtleben mit seinen Widersprüchen. Er verfremdete Postkarten, illustrierte Korrespondenzen.

Während der Nazizeit lebte er in New York und kehrte 1959 nach Berlin zurück. Beeindruckende Collagen aus den 50iger Jahren spiegeln seinen Amerika-Aufenthalt wider, spießt die Versprechungen der Werbung auf. 1958 wird er zum außerordentlichen Mitglied der Berliner Akademie der Künste gewählt. **Gunter Lange** □

➡ George Grosz - Korrekt und anarchisch, Berlin, Akademie der Künste, Pariser Platz 4, bis 5. April 2010, dienstags bis sonntags 11-20 Uhr, www.adk.de/grosz

KULTURTIPPS

Ausstellung „Nah und fern“. Im Wahlkreisbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Merkel ist bis zum 25. März 2010 die Ausstellung „Nah und fern“ von Eve-Charlotte Schulz zu sehen. Die Künstlerin wurde 1944 in Prag geboren, seit 1979 befasst sie sich mit verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen. Nach Feder- und Pastellzeichnungen entstanden in den achtziger Jahren plastische Arbeiten in Ton, seit 1989 beschäftigt sie sich mit Ölmalerei, Collagen, Porträts und plastischen Arbeiten in Speckstein.

➡ Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 18. Februar 2010, von 17.00 bis 19.00 Uhr, Wahlkreisbüro Goethe80 ein. Die Künstlerin wird anwesend sein. Öffnungszeiten: Mo + Do 12 bis 16 Uhr, Di + Mi 10 bis 14 Uhr, Sa 11 bis 14 Uhr